Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Muslime in Westeuropa

Neue religiöse Minderheiten

Rund zehn Millionen Muslime gibt es heute in Westeuropa. Davon leben mehr als drei Millionen in Frankreich, knapp zwei Millionen in Deutschland und ebenfalls fast zwei Millionen in England. In Holland, Belgien, Italien und Skandinavien gibt es jeweils etwa eine halbe Million Muslime.

Aus dieser sprunghaft angestiegenen Zahl der Bekenner des Islam ergeben sich vielfache Veränderungen der westeuropäischen Gesellschaften, Veränderungen nicht nur religiöser und sozialer Natur, sondern auch politischer.

Die Zuwanderer bringen im Gepäck ein Bündel politischer Konflikte mit, die hier nicht lange latent bleiben. Die meisten kommen nämlich aus Staaten, in denen mehr oder weniger Bürgerkrieg herrscht – und der geht bisweilen in der Fremde weiter.

Die Türken sind die stärkste unter den in Westeuropa vertretenen muslimischen Nationalitäten. Bei ihnen gibt es einen scharfen Gegensatz zwischen Islamisten und Laizisten. Die Laizisten – bzw. Säkularisten – werden auch Kemalisten genannt, nach dem Begründer der modernen Türkei, *Kemal Atatürk.* Er führte die Trennung von Religion und Staat ein. Das wird jedoch von den Islamisten als ein Verrat angesehen.

Die grosse Mehrheit der Muslime sind jedoch keine Islamisten. Die Islamisten, in der europäischen Presse meist Fundamentalisten genant, stellen nur eine Minderheit dar, wenngleich eine sehr lautstarke und überaus radikalisierte Minderheit. Für die Mehrheit der Muslime ist der Islam Glaube und Lebensweg, also eine Morallehre. Für die Islamisten dagegen ist er in erster Linie eine politische Ideologie. Ihnen geht es vorrangig um die Erlangung der Macht, notfalls durch Umstürze und Terror.

Grossen Auftrieb erfuhren die Islamisten durch *Khomeini,* der in Gestalt seiner *Gottespartei* – auf arabisch und persisch *hizbullah* genannt – eine weltweite Kampftruppe schuf, die mit Vorliebe unter frustrierten Glaubensbrüdern in Westeuropa Anhänger rekrutiert.

Iranischer und saudischer Fundamentalismus

In Westeuropa ist heute die Hauptaufgabe der *Gottespartei*, dem Einfluss Saudi-Arabiens entgegenzuwirken und sich muslimische Gemeinden botmässig zu machen. Saudi-Arabien hat zwei jahrzehntelang einen erheblichen Teil seiner Ölgelder für die Förderung muslimischer Gemeinden in der europäischen Diaspora ausgegeben. Problematisch dabei ist, dass die Saudis einer bestimmten Sekte folgen, den *Wahhabiten,* die in der übrigen Welt des Islam als kulturfeindlich gilt und zum Teil sehr verpönt ist. Doch möchten alle muslimischen Gemeinden, ob in Wien oder Wuppertal, Lyon oder Liverpool, gern ihre eigenen Moscheen haben, und dazu brauchen die meisten finanzielle Unter-

stützung aus Arabien. Mit anderen Worten, sie beissen in den sauren Apfel; denn die Saudis sorgen dafür, das sich ihre rigide Spielart des Islam durchsetzt, so trocken und anti-intellektuell sie auch ist.

Khomeinis Islam-Interpretation ist derjenigen der Saudis gar nicht so unähnlich, insofern, als die Betonung auf der blinden Befolgung des archaischen Gesetzes der Frühzeit liegt. Für die humanistischen Tendenzen der islamischen Mystik ist hier kein Spielraum. Die Iraner geben sich jedoch sozialrevolutionär, als wären sie der linke Flügel des Islamismus. Damit machen sie den Saudis Anhänger abspenstig. Das ist ein heftiger Kampf, der viele Diaspora-Gemeinden zerreisst und auch schon Todesopfer gekostet hat; denn Teheran scheut vor keinem Mittel zurück, seinen Führungsanspruch durchzusetzen.

Fundamentalisten als Minderheit

Gerade deshalb ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass die fundamentalistischen Islamisten alle zusammen, also sowohl die pro-saudischen als auch die pro-iranischen, nur eine Minderheit darstellen, die von den meisten der Muslime in Westeuropa abgelehnt wird.

Viele Muslime sind zutiefst beschämt über den Fanatismus der Islamisten, der auf den Islam insgesamt zurückfällt; denn die europäische Öffentlichkeit vermag nicht zwischen Normal-Muslimen und Islamisten zu unterscheiden. Die Tatsache, dass es sich bei den Islamisten sozusagen um die Rechtsradikalen unter den Muslimen handelt, wird als solche nicht erkannt. Man wirft alles in einen Topf, so wie es auch manche Medien tun.

Fernseh-Journalisten wie *Konzelmann* und *Scholl-Latour* haben hier grossen Schaden angerichtet, indem sie dem Publikum ein Negativ-Bild der Muslime vermitteln. Nicht umsonst gibt es inzwischen einen Aufstand wirklicher Islam-Experten gegen diese irreführende *Konzeltour,* wie man das Gespann Konzelmann und Scholl-Latour inzwischen nennt.

Der Unterschied zwischen Normal-Muslimen und den Islamisten kann gar nicht genug betont werden. Teherans *Gottespartei* unter den Islamisten operiert in ähnlicher Weise wie neo-nazistische Gruppen, und bisweilen sind die *hizbullahis* schon wie *Skinheads* aufgetreten, z. B. als sie Mitte der achtziger Jahre in Mainz ein Studentenheim verwüsteten, in dem sich iranische Gegner des Khomeini-Regimes versammelt hatten. Eine deutsche Studentin fand bei diesem Angriff der Islamisten den Tod.

Zwischen Anpassung und Provokation

Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Muslime um gutes Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung bemüht. Man denke nur an die Marokkaner, die mit etwa 75 000 Personen die drittstärkste islamische Gemeinde in Deutschland darstellen – eine islamische Gemeinde, die strikt anti-islamistisch ist. Sie sind eine wenig auffällige Ausländergruppe, weil sie in der Regel gut organisiert sind und von zuhause Anweisung haben, alles zu unterlassen, was bei den Gastgebern unangenehm auffallen könnte. König *Hassan* von Marokko ist u. a. dagegen, dass seine Untertanen vom Wahlrecht Gebrauch machen, selbst wenn ihnen das in dem einen oder anderen europäischen Staat angeboten werden sollte. Das ist z. B in Holland der Fall, dem westeuropäischen Staat, der nach Frankreich die grösste Zahl an Marokkanern aufweist.

Die marokkanische Regierung möchte nicht, dass ihre Staatsbürger in den Gastländern auftreten als wären sie Einheimische, – und damit für böses Blut sorgen.

Im Gegensatz dazu verlangen z. B. Islamisten aus Iran und Pakistan in England seit Jahren schon Sonderschulen für muslimische Kinder. Einige dieser Schulen bestehen bereits. Für westeuropäische Vorstellungen sind sie unerträglich autoritär. Ko-Edukation wird strikt abgelehnt, und zwar von einigen Islamisten schon im Kindergarten.

Noch schwerwiegender ist ihre Forderung nach Einführung der *Scharia*, des archaischen Gesetzeskodex aus der islamischen Frühzeit. Nach Auffassung extremer Islamisten in England soll er für ihre Bevölkerungsgruppe anstelle des nationalen Familienrechts treten, was bezüglich Scheidung und Unterhaltspflicht geradezu provozierende Folgen hätte.

Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen

Von entscheidender Bedeutung ist die Frage des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Daran ist von Experten seit zwei Jahrzehnten ernsthaft gearbeitet worden. Mit viel Fachwissen, Hingabe und Selbstlosigkeit sind ausgezeichnete Lehrpläne erarbeitet und vielerlei Vorkehrungen getroffen worden, islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen zu ermöglichen. Doch vieles ist erst einmal ins Stocken geraten, und zwar wegen Quertreibereien einiger Scharfmacher aus der Islamistenszene.

Ein gutes Beispiel sind die Arabischlehrer, die der marokkanische Staat den Auslandsgemeinden zur Verfügung stellt. In Deutschland gibt es inzwischen fast dreissig Lehrer, die alle an deutschen Schulen tätig sind. Sie sind nicht nur Lehrer der arabischen Sprache, sondern erteilen auch islamischen Religionsunterricht und haben eine deutsche pädagogische Zweitausbildung absolviert.

Viel stärker war deshalb der Widerhall in England. Hier verhalf der Skandal einem Mann zum Durchbruch, der heute als wichtigster Sprecher des Khomeini-Islamismus ausserhalb Irans anzusehen ist: Dr. *Kalím Siddíqi,* Direktor des von Teheran finanzierten *Muslim Institute* in London.

«Muslim Parliament» in England

Siddíqi ist ein ambitiöser Intellektueller aus Indien, der in jungen Jahren nach England kam und als linksorientierter Journalist Karriere machte. Der von Khomeini zum Tode verurteilte *Rushdie* erscheint wie ein jüngerer Bruder Siddíqis, so gross sind die Gemeinsamkeiten. Doch während Rushdie den Nobelpreis anvisierte, biederte sich Siddíqi bei Khomeini an. Heute ist er das Sprachrohr der Radikalenfraktion in Iran um Khomeinis Sohn *Ahmad.*

Ein spektakulärer Coup gelang ihm mit der Gründung eines Muslimischen Parlaments in London. In England sei der Islam zwar kein Territorialstaat, aber ein Gemeinwesen sei er doch, zumindest begrifflich, deshalb brauche er ein Parlament. Im übrigen definiert Siddíqi sein selbstgeschaffenes Parlament als eine Interessenvertretung der Muslime in England; er könne sich durchaus vorstellen, dass dieses Parlament zum Streik und anderen Formen des passiven Widerstands aufrufe.

Das ist ihm von den britischen Behörden übelgenommen worden, vor allem

aber seine häufigen Bekräftigungen des Todesurteils gegen Rushdie, wofür ihm sein *Muslim Parliament* als Plattform dient. Es steht ausser Zweifel, dass es Siddíqi vornehmlich darum geht, sich durch Provokationen zu profilieren. Nichts wäre ihm willkommener als eine Haftstrafe, die er dann propagandistisch ausschlachten könnte. Bisher sind die britischen Behörden auf diesen Trick nicht hereingefallen.

Die grosse Mehrheit der Muslime in England lehnt Siddíqis *Muslim Parliament* als das ab, was es ist, nämlich das Theaterstück eines abenteuerlichen Gernegross, der sich den Khomeini-Islamismus als Vehikel gewählt hat. Für sein *Muslim-Parliament* ist eine Zahl von 200 Mitgliedern vorgesehen. Zu einer Vollsitzung sei es deshalb noch nicht gekommen, weil man Plätze für die Vertreter noch nicht angeschlossener Gemeinden offenhalten wolle.

Eine allgemeine Verschlechterung der Lage der muslimischen Diaspora, sei es durch wirtschaftlichen Niedergang oder zunehmenden Fremdenhass, könnte dazu führen, dass das Theaterstück vom *Muslim Parliament* noch einen anderen Stellenwert erhält – als Trotzreaktion einer verunsicherten Minderheit. Man kann Siddíqi nicht absprechen, ein Auffangbecken für die Frustrationen der arbeitslosen zweiten Generation geschaffen zu haben, – ein Auffangbecken, das mit zunehmender Krise an Attraktivität gewinnt.

Muslimische Politikerinnen in Frankreich

Gerade deshalb ist es wichtig, den Bemühungen der Normal-Muslime Aufmerksamkeit zu schenken, die erst im Begriff sind, Institutionen zu schaffen, durch welche die bisher stimmenlose Mehrheit sich artikulieren kann.

Als einziger westeuropäischer Staat hat Frankreich fast eine Million Staatsbürger islamischer Religionszugehörigkeit. Die haben jedoch keine eigene Partei gebildet, sondern sind meist bei Mitterrands Sozialisten aktiv. Eine Frau nordafrikanischer Herkunft ist über die französischen Grünen ins *Europa-Parlament* eingezogen. Und gut zwei Dutzend muslimischer Frauen sitzen in französischen Gemeinderäten. Wichtig dabei ist, dass es sich nicht nur um Normal-Muslime handelt, sondern auch um erklärte Gegner der Islamisten. Auch die *Islamische Partei Belgiens* und die *Islamische Partei Englands* haben mit aller Schärfe deutlich gemacht, dass sie mit den Fundamentalisten nichts gemein haben.

Man hat das Thema *«Islam in Westeuropa»* oft mit der Frage überschrieben, ob es sich um eine Bedrohung oder Bereicherung handle? Die Antwort der Muslime lautet, wie nicht anders zu erwarten, dass ihre Präsenz hier eine Bereicherung für Europa und auch für sie selbst sei. Bei den Europäern könnte es zu einer Rückbesinnung auf Werte von vorindustriellen Gesellschaften führen, also Nachbarschaftsethik und Familiensinn, speziell mehr Menschlichkeit im Umgang mit Alten und Jungen. Für sie selbst sei das Leben in Westeuropa eine Lektion in Demokratie, hoffentlich mit Ausstrahlung auf die Heimatländer.

Das beeindruckende Beispiel muslimischer Politikerinnen algerischer Herkunft in Frankreich wird in der Tat nicht ohne Wirkung auf die Entwicklung jenseits des Mittelmeers bleiben. Erst einmal wird zwar der Islamismus sowohl in Nordafrika als auch in der europäischen Diaspora noch weiter erstarken, doch

die demokratischen Gegenkräfte haben sich bereits formiert.

Der Schock des Genozids in Bosnien

Das Zögern der Westeuropäer, gegen die mordenden Serben vorzugehen, hat die islamische Welt zutiefst schockiert, zumal den muslimischen Bosniaken keinerlei militärische Hilfe zukommen kann. Der entscheidende Effekt der gegen Serbien verhängten Blockade ist ja nicht, dass den Serben der Strom ausgeht oder das Wasser abgestellt wird. Vielmehr werden durch die Blockade Waffenlieferungen muslimischer Staaten an die Glaubensbrüder in Bosnien verhindert. Und es geht ja nicht nur um die zwei Millionen Muslime in Bosnien, sondern es gibt auch serbische Muslime, sogar eine ganze Enklave, die von der Ausrottung bedroht sind, dazu kommt noch eine Million muslimischer Albaner in der von Serbien kontrollierten Region Kosovo. Heute bereits sind mehr jugoslawische Muslime durch Serben getötet und vertrieben worden, als Palästinenser durch die Israeli.

Verständlicherweise ist dieses Thema seit Monaten Hauptgegenstand der Freitagspredigten in den Moscheen, und eigentlich muss man sich wundern, dass es nicht bereits zu Kurzschlussreaktionen gekommen ist. Langfristig werden die serbischen Greueltaten und die Handlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft sich ausserordentlich belastend auf das Verhältnis zwischen islamischer Welt und Europa auswirken. Bei der muslimischen Diaspora in Westeuropa kommt noch als zusätzliche Belastung hinzu, dass sie nun die Überlebenden der Massaker direkt in sich aufnimmt.

Obwohl sie historisch und kulturell mit den Türken manches gemein haben, fühlen sich die Bosniaken in der Regel doch als Europäer.

Selbst in der Ausübung der islamischen Religion haben sie früher schon einen eigenen Weg eingeschlagen, toleranter und weniger verkrampft als viele Glaubensbrüder in anderen Weltengegenden. Aus diesem Grund sind diejenigen bosnischen Muslime, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland und in Skandinavien als Gastarbeiter tätig sind, meist in eigenen islamischen Gemeinden organisiert – die ausserdem wenig auffallen, eben wegen der europäischen Erscheinung und der generell gemässigten Haltung der bosnischen Muslime. Wer weiss schon, dass es in Deutschland seit fast drei Jahrzehnten mehr als 100 000 «jugoslawische» Muslime gibt? Das ist nach den Türken die stärkste islamische Gemeinde.

Eventuelle bosnische Ghettos in Westeuropa werden die gefolterten und traumatisierten Muslime zu leichter Beute für die Sendboten der Ayatollahs machen. Die Islamisten werden die Bosniaken dann materiell unterstützen – und versuchen, sie als Kanonenfutter für ihre Zwecke einzusetzen.

Darauf spekulieren auch die Gross-Serben, die sich in Erwartung einer Radikalisierung der bosnischen Flüchtlinge die Hände reiben. Seit mehr als siebzig Jahren schon drangsalieren sie periodisch Jugoslawiens Muslime, bis diese sich mit dem Mut der Verzweifelten zur Wehr setzen. Das liefert dann den Vorwand für noch drastischere Verfolgungen. Auf diese Weise wurde schon in früheren Jahrzehnten über eine Million jugoslawischer Muslime zur Flucht in die Türkei gezwungen.

Nun rechnet man in Belgrad damit, dass die Westeuropäer der aufgenom-

menen Bosniaken bald überdrüssig werden und diese auch von hier vertreiben werden. Zu diesem Zweck behauptet die Propaganda der Gross-Serben, die Aktionen gegen die bosnischen Muslime seien notwendig geworden, weil jene sich dem Fundamentalismus verschrieben hätten und in Bosnien einen islamistischen Staat nach iranischem Muster errichten wollten.

Wahr ist vielmehr das Gegenteil; denn gerade Sarajewo war beispielhaft für eine gelungene Anpassung der islamischen Religion an die europäische Umwelt. Wäre es Bosnien unter seinem hochgebildeten Präsidenten *Alija Izetbegović* vergönnt gewesen, sich als unabhängiger und demokratischer Staat zu entwickeln, dann gäbe es für die zehn Millionen Muslime in Westeuropa einen Modellfall in nächster Nähe – und viele, wenn nicht gar die meisten, hätten sich an Sarajewo orientiert statt an Teheran oder Riad.

Kahlid Durán

Jugoslawien und Südafrika: ein Vergleich

Zuschrift

Bei *Leopold von Ranke: «Völker und Staaten»,* einer 1945 von *Leonhard von Muralt,* ehemals Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität Zürich, herausgegebenen Auswahl aus dem Werk des berühmten deutschen Historikers des 19. Jahrhunderts – er lebte 1795–1886 –, ist zu lesen: «*...nur in lebendigem und wahrem Einverständnis mit dem Fortgange der Weltentwicklung wird sich etwas Haltbares gründen lassen...*», und andernorts: «*Sobald aber (...) die konstituierten Mächte irre werden, schwanken (...) und Meinungen die Herrschaft erlangen, die sich dem Bestehenden in seinem Wesen entgegensetzen, dann treten die grossen Gefahren ein.*» Zwei Gedanken, die, um einen Begriff von *Carl Jaspers* zu verwenden, auf die «*geistige Situation der Zeit*» vollauf zutreffen.

Eine den Fortgang der Weltentwicklung bestimmende Kraft in unserer politischen Gegenwart ist ohne Zweifel die Idee der Demokratie. Sie ist, ihrem Grundprinzip entsprechend, dass die Mehrheit das Sagen hat, quantitativ ausgerichtet. Der Fortgang der Weltentwicklung beruht nach der vorherrschenden öffentlichen Meinung, sei es in der Praxis oder, wie etwa in Afrika, bloss der Theorie nach, auf dem Ideal der Demokratie, der Herrschaft der Mehrheit. Die Minderheit – in Einzahl oder Mehrzahl – hat sich zu fügen.

Die ethnisch-nationale Welle – eine zweite Kraft, die den Gang der Politik heute bestimmt, hat sich seit der Auflösung des Sowjetimperiums über weite Gebiete Eurasiens ausgebreitet. Sie ist nur teilweise als Wiederaufleben des Nationalismus früherer Zeiten zu verstehen, denn, im Unterschied zum liberalen Nationalismus des 19. Jahrhunderts, steht sie im Widerspruch zum demokratischen Ideal unserer Tage, das, auf der Vorstellung der Gleichheit aller Menschen und ihrer Rechte gründend, dem Unitarismus zuneigt. In der ethnisch-nationalen Bewegung herrscht

dagegen die Tendenz zur Trennung, zum Pluralismus, vor.

Wo das nationale Denken in Nationalismus ausartet, kommt es zur Unterdrückung von Minderheiten, zu Vertreibung, Vergewaltigungen und Genozid wie im Falle Jugoslawien. Hier hat sich ein durch Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg konstruierter unitarischer Staat, der sich *in statu nascendi* – in der Erklärung von Korfu von 1917 – demokratisch gegeben hatte, in seine nationalen Komponenten aufgelöst, nachdem sich der 1974 rätedemokratisch aufgebaute Bundesstaat als untauglich erwiesen hat, den latenten Minderheitsproblemen gerecht zu werden.

Eine dem jugoslawischen Desaster entgegengesetzte Fehlentwicklung scheint heute an der Südspitze Afrikas vorprogrammiert zu sein. So weit voneinander die beiden Konfliktherde liegen: Sie rufen in ihrer Gegensätzlichkeit zum Vergleich auf. In Jugoslawien hat die «konstituierte Macht» einer unitarischen Volks-«Demokratie» durch Überspitzung nationalistischer Begehrlichkeiten «die grossen Gefahren» heraufbeschworen. In Südafrika dagegen hat die von der demokratischen Idee beherrschte Weltmeinung ganz im Sinne Rankes die konstituierte Macht an sich irre werden lassen und das während Jahrzehnten tonangebende Konzept des ethnischen Pluralismus – von der Weltmeinung als *«Apartheid»* verdammt – zur Abdankung gezwungen. Zu diesem Irrewerden haben nicht bloss politische, sondern auch literarische Kreise in Südafrika beigetragen. Die «grossen Gefahren» sind damit auch hier heraufbeschworen, und sie können sich in verschiedenen Szenarien manifestieren: vom Bürgerkrieg bis zur absoluten unitarische Mehrheitsdemokratie. Die Absurdität liegt dabei auf der Hand: Während in Jugoslawien auf dem Wege des Bürgerkriegs die Konstruktion eines verfehlten, aus nicht zu vereinbarenden ethnischen Kontrasten zusammengesetzten Einheitsstaates in die Brüche gegangen ist, soll in Südafrika, der demokratischen Idee zuliebe, ein aus grundverschiedenen Völkerschaften bestehender Einheitsstaat neu geschaffen werden.

Staatspräsident *F. W. de Klerk* hat, um der demokratischen Weltmeinung Genüge zu tun, die auf Pluralismus aufgebaute Politik der *Nationalen Partei* aufgegeben und operiert nun in den Verfassungsgesprächen mit der Konstruktion von Regionen an der Stelle von Homelands und mit ethnisch indifferenten Parteien, womit er das politische Rezept der früheren Opposition, der *Progressive Federal Party,* übernommen hat. Ob es ihm gelingen wird, den Minderheitenschutz nicht nur in eine neue Verfassung einzubauen, sondern auch in einem zukünftigen, von der schwarzen Mehrheit regierten «neuen Südafrika» wirksam werden zu lassen, steht in den Sternen geschrieben. Es ist zu befürchten, dass in einer solchen Mehrheitsdemokratie auch die guten Restbestände des früher von Weissen regierten Südafrika im Zuge sozio-ökonomischer Zwänge über den Haufen geworfen werden. Eine ähnlich radikale Entwicklung, nur in umgekehrter Richtung, scheint sich im europäischen Parallelfall Jugoslawien anzubahnen. Deutet nicht alles darauf hin, dass die serbischen Eroberungen als vollendete Tatsachen in ein zukünftiges Restjugoslawien eingegliedert und, allen Hoffnungen auf eine gerechte Lösung dieses grausamen Ringens zuwiderlaufend, von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert werden sollen? Eine solche jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht schlagende Ak-

zeptation der Früchte gross-serbischen Machtdenkens würde, allen Friedenserwartungen zum Trotz, den Nährboden weiterer Konflikte bilden.

Dass sich anderseits ein auf die Mehrheitsdemokratie gestützter Einheitsstaat Südafrika auf lange Sicht halten werde, lässt sich im Blick auf Jugoslawien kaum erhoffen. Bei dem alsdann zu erwartenden wirtschaftlichen Ruin stände Südafrika mit grosser Wahrscheinlichkeit ein ähnliches Schicksal wie dem südslawischen Vielvölkerstaat bevor: Zerfall in einzelne, einander bekämpfende Ethnien; Bürgerkrieg. Dann könnte sich wiederholen, was sich im 19. Jahrhundert in Südafrika innerhalb der schwarzen Bevölkerung zugetragen hat. Es stimmt eben keineswegs, was von gewissen Medien – unlängst sogar in einer Sendung des ZDF – behauptet wird: dass Südafrika «ein schwarzes Land» ist, das während 300 Jahren von einer weissen Minderheit beherrscht wurde. Die Urbevölkerung Südafrikas – Hottentotten und Buschmänner – waren keine «Schwarzen» wie die Bantu, und die Landnahme Südafrikas durch die Weissen war nicht von Anfang an Domination der schwarzen Mehrheit durch die weisse Minderheit. Blutige Kriege schwarzer Völkerschaften gingen der weissen Herrschaft voraus und erleichterten diese.

Im Gegensatz zur Landnahme eines zumindest teilweise entvölkerten Gebietes durch eine den nomadischen Hirtenvölkern der Bantu zivilisatorisch überlegene agrarisch tätige Bevölkerung hat sich im ehemaligen Jugoslawien der Herrschaftsanspruch der Serben im Antagonismus gegen das osmanische Reich, die Habsburgische Monarchie und die slawischen Brudervölker herausgebildet.

Während in Jugoslawien die einzelnen Ethnien ihre Geschichte bis weit ins Mittelalter zurückführen, war die Besiedlung Südafrikas durch die Schwarzen jüngeren Datums: ihre Anfänge reichen höchstens bis in die Zeit der ersten portugiesischen Entdeckungsfahrten zurück. Schwarze Führerpersönlichkeiten wie der Zulukönig *Shaka, Mosilikazi* (Simbawe), *Moshoeshoe* (Lesotho), *Moroka* (Oranjefreistaat) und *Khama* (Botswana) wirkten alle im 19. Jahrhundert und nahmen an Südafrikas Bruderkämpfen – den *«difaqane»,* wie die Basotho sagen, – aktiv teil. Von der Geschichte her gesehen, brauchen die Afrikaaner (Buren) ebensowenig der demokratischen Weltmeinung wie die Kroaten, Slowenen und Muslime der gross-serbischen nationalistischen Idee geopfert zu werden.

Wenn sich in Jugoslawien durch eine geopolitisch gerechte Aufteilung in ethnische Territorien auf lange Sicht der Frieden sichern liesse, so könnte auch in Südafrika, sei es auf dem verhängnisvollen Umweg über einen Einheitsstaat oder auf dem direkten Weg einer föderativen Einigung endlich ein modus viviendi für alle gefunden werden. Ja, es liesse sich hier auch eine Aufteilung nach kulturellen Einheiten denken. Afrikaaner und Mischlinge bilden dank der gemeinsamen Sprache des Afrikaans und der genealogischen Herkunft, das heisst der Mischehen, seit jeher eine kulturelle Einheit. Es gibt in Südafrika mehr und mehr Kreise, die diese Gemeinsamkeit erkennen und zu fördern suchen. Eine Aufteilung Südafrikas in vorwiegend schwarze Gebiete im Osten, einschliesslich Nordosten und Südosten, und eine von Weissen und Mischlingen beherrschte Kapprovinz gehört nicht unbedingt ins Reich der Utopien. Sie ist zwar, solange die Welt-

meinung ausschliesslich vom Ideal der Demokratie und von ethnisch-nationalen Strömungen der nachsowjetischen Ära bestimmt bleibt, nicht durchführbar. Aber eine dritte Ideenwelle, die am Fortgang der Weltentwicklung teil hat und auf der sich «etwas Haltbares gründen liesse», greift um sich und nimmt langsam Form an: der föderative Gedanke. Er kann sich für Europa ebenso fruchtbar erweisen wie für das südliche Afrika. Die ethnische Zersplitterung im nachsowjetischen Mittel- und Osteuropa könnte in einem europäischen Staatenbund – einer erweiterten, mehr föderalistischen als zentralistischen EG – aufgefangen werden. Und dasselbe liesse sich im Blick auf das südliche Afrika denken. In einem föderativen Verband könnte hier jedes Volk, das seine Eigenart bewahren will – in Südafrika insbesondere die Zulu, Xhosa, Sotho, Tswana und andere schwarze Ethnien, dazu die Afrikaaner samt Mischlingen und die Inder – Aufnahme finden und zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der gesamten Region beitragen. Sie alle, auch die Frontstaaten Botswana, Namibia, Simbawe und Moçambique, die heute von der Republik Südafrika wirtschaftlich abhängig sind, könnten in einem Staatenbund des südlichen Afrika friedlich zusammenleben, ohne dass die Kleinen nach demokratischem Prinzip von einer Mehrheit dominiert würden und ohne dass, im Antagonismus zum oder im Irrewerden am Ideal der Demokratie nationale und rassistische Ideen «die grossen Gefahren» heraufbeschwören müssten. Denn wenn irgendwo in einem staatsrechtlichen Verband Minderheiten wirksam geschützt werden, dann in einem Staatenbund, in dem die wenigen Grossen nichts unternehmen können ohne die Zustimmung der vielen Kleinen.

Peter Sulzer-Jantzen

Literaturschaffende im Zwielicht

Christa Wolf und Heiner Müller als Helfer und Opfer der Stasi

Als *Heiner Müllers* autobiographische Auskünfte – *«über weite Strecken auch Geschwätz»,* wie er im Nachwort schreibt – 1992 erschienen, fand sich darin kein Wort über seine Rolle als «Inoffizieller Mitarbeiter» der Staatssicherheit. Ob in den Tonbandaufnahmen, aus denen *Katja Lange-Müller* und andere das Manuskript von *«Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen»* hergestellt hatten, davon die Rede gewesen war, konnte der Leser der viel beachteten Neuerscheinung nicht erkennen. Heiner Müller sagt im Nachwort, er habe den Text überarbeitet. Offenbar hat er Selbstzensur geübt. Denn inzwischen ist aktenkundig, dass der wohl bedeutendste Dramatiker der ehemaligen DDR Kontakte mit Stasi-Offizieren hatte, dass es da einen *«operativen Auftrag»* gab und der Sicherheitsdienst den willfährigen Helfer über die Theater- und Literaturszene aushorchte. Die Berichte, die er abgeliefert hat, sind nicht auffindbar; aber der Deckname und das Aktenzeichen, unter

denen der prominente Informant geführt wurde, sind belegt. Darüber befragt, warum er die Passagen seiner Autobiographie, die auf diese Seite seiner DDR-Vergangenheit eingingen, aus dem Manuskript herausgenommen habe, meint er heute, das sei sicher falsch gewesen, doch habe er gedacht, ein solches Bekenntnis hätte ja doch nur zur Klischeeverurteilung geführt, wer mit der Stasi Kontakt gehabt habe, sei ein Schwein. Er aber habe mit den *«Paranoikern»* geredet, weil das ohnehin *«unvermeidlich»* gewesen sei und er auf diese Weise vielleicht auch Einfluss habe ausüben können. Und er erwähnt in diesem Zusammenhang auch sein *«schriftstellerisches Interesse»*: Für ihn waren die Gespräche informativ, er gewann Material über das Funktionieren des Apparats. Die Ausrede erinnert an eine andere, die in *«Krieg ohne Schlacht»* erklärt, warum Heiner Müller nach dem parteioffiziellen Kesseltreiben gegen sein Stück *«Die Umsiedlerin»* eine würdelose Selbstkritik hinlegte. Ihm sei wichtig gewesen, dass er auch weiterhin schreiben konnte. Ob Helfer oder Opfer der Staatsmacht, sein Zynismus erlaubt ihm, beides nicht nur zu erklären, sondern auch im höheren Dienst seines Künstlertums zu rechtfertigen. Sein Ruhm scheint übrigens nicht ernstlich geschmälert; als moralische Instanz ist er auch nie hochgespielt worden.

Christa Wolf, die sich erst noch – in der 1990 erschienenen Erzählung *«Was bleibt»* – als Verfolgte und Opfer der Staatssicherheit selbst ausgab, musste im Januar in einer Selbstauskunft, die in der *«Berliner Zeitung»* erschien, das Geständnis ablegen, dass sie drei Jahre lang (1959–1962) als «Geheime Informatorin» und als «IM» geführt worden sei. Sie kam damit knapp den Enthüllungen zuvor, die aus ihren Stasi-Akten jetzt in die Öffentlichkeit gelangt sind. Und in ihrem Fall nun ist ein Image ernstlich gefährdet, das die Verfasserin von Büchern wie *«Nachdenken über Christa T.»*, *«Kindheitsmuster»* oder *«Kassandra»*, nicht zuletzt aber auch die als moralische Instanz geltende Rednerin und Publizistin, der im Osten wie im Westen zahlreiche Ehrungen zuteil wurden, deren Wort zu aktuellen Ereignissen aufmerksam gehört und deren Rat gerade auch in den Tagen der Wende gesucht wurde, mit Umsicht und im Verbund mit zahlreichen Helfern aufgebaut hat. Wir erinnern uns noch genau an die Aufregung, die einige literaturkritische Fragezeichen zu der bereits erwähnten Erzählung *«Was bleibt»* ausgelöst haben. Eine Hexenjagd sei da im Gange, politische Verfolgung habe jetzt offenbar den Vorrang vor literarischer Würdigung. Ein Literaturstreit entfachte sich allein darum, weil zwei oder drei namhafte Kritiker einen Text der Christa Wolf nicht für gut befunden hatten.

Diejenigen, die sich in diesem Streit ereiferten, wussten zwar, dass die Verfasserin der Erzählung nie einen Zweifel daran aufkommen liess, wie verlässlich sie für die Partei Ulbrichts und Honekker war. Aber je länger sie in der DDR lebte und als Schriftstellerin dem Zickzackkurs der offiziellen Kulturpolitik unterworfen war, je deutlicher ihr bewusst wurde, wieviel junge Kreativität unterdrückt, wieviel Hoffnungen zerstört wurden, desto grösser wurden ihre inneren Schwierigkeiten. Vermutlich erlaubte sie sich nicht, am System geradezu zu zweifeln; aber dass die Führung gravierende Fehler beging und zwischen der Utopie eines Staatswesens des Friedens und der humanistischen Ideale und dem «real existierenden Sozialismus» eine Kluft aufgebrochen war, sah sie wohl. 1989 erschien jene ihrem Freun-

deskreis gewidmete Erzählung *«Sommerstück»,* ein merkwürdig vager, in manchem rätselhafter Text, der zwischen Erinnerungsbericht und Fiktion seltsam schwankt und Anspielungen enthält, die das Dilemma umkreisen. *«Gab es das also noch, wonach wir instinktiv gesucht hatten, als die falschen Wahlmöglichkeiten uns in die Zwickmühle trieben: eine dritte Sache? Zwischen Schwarz und Weiss. Recht und Unrecht, Freund und Feind – einfach leben?»* Wie schon bei *«Was bleibt»* wurde bekannt, dass Christa Wolf das Manuskript von *«Sommerstück»* jahrelang zurückgehalten, es umgearbeitet und mit verschlüsselten Namen versehen hatte. Eine, die in den Tagen, von denen das kleine Buch erzählt, ihren letzten Sommer in der DDR verbrachte, die Lyrikerin *Sarah Kirsch* (die in *«Sommerstück»* als *«Bella»* vorkommt), hat eigene Erinnerungen in einem Prosatext veröffentlicht, in dem sie darauf verweist, dass *«Christa»* über *«diese Dinge»* dereinst schreiben werde, damit aber vielleicht so lange warten oder doch den Text zurückhalten werde, dass niemand durch die Veröffentlichung verletzt oder diskriminiert werden könne. Auch Sarah Kirschs Äusserungen sind rätselhaft. Die Aufdeckung der Stasi-Akten Christa Wolfs haben jedoch nicht nur die Tätigkeit der Schriftstellerin im Dienste der Stasi enthüllt, sondern auch den Umstand, dass die Schnüffler von einem gewissen Augenblick an begannen, die Autorin und ihren engeren Kreis auszuhorchen. *«Doppelzüngler»* werden sie in den Akten jetzt genannt. Der Apparat war verunsichert.

Man kann nicht ausschliessen, dass der Fall der Christa Wolf gar noch als Tragödie einer hochbegabten Schriftstellerin dargestellt werden wird. Aber realistischer ist vermutlich der Begriff der *«Zwickmühle»,* den sie ja selbst gebraucht. Sie hat sich, mit Umsicht, die herrschenden Verhältnisse stets bedenkend, um ihrer Karriere willen in der DDR angepasst. Dazu gehörte eben auch, der *«Krake»* zuzuliefern, was sie über Abweichler oder *«Labile»* wissen wollte. Es war ihr nur recht, wenn man sie selbst als *«sehr parteiverbunden»* einstufte, und doch könnte man anderseits von ihr nicht geradezu als von einer *«Staatsdichterin»* sprechen. Es ist vor allem der Westen, der sie als moralische Instanz aufgebaut hat. Der Büchner-Preis ist zwar eine rein literarische Ehrung; aber er bezieht sein hohes Prestige aus dem Umstand, dass sein Namenspatron als Vorkämpfer einer Literatur für die Befreiung der Menschen gilt. Christa Wolf ist nicht nur mit dem Büchner-Preis, sondern auch zum Beispiel mit dem Geschwister Scholl-Preis ausgezeichnet worden, der ja nun nicht eine vorwiegend literarische Sache ist, sondern eine Ehrung für Verdienste im Widerstand gegen die menschenverachtende Zwangsherrschaft.

Vielleicht sollten wir lernen, die Dinge in Zukunft wieder etwas nüchterner zu sehen. Wir sind nicht dazu berufen, weder Heiner Müller noch Christa Wolf zu verurteilen für das, was jetzt über ihre Tätigkeit im Dienste der Stasi ausgekommen ist. Beide waren nicht nur Helfer des Machtapparats, sondern auch Opfer. Sie haben versucht, ihr Werk von den Fährnissen der geltenden Machtstrukturen freizuhalten, Heiner Müller durch zynischen Amoralismus, der es ihm ohne weiteres ermöglichte, jede Konzession zu machen, Christa Wolf durch Anpassung und Wohlverhalten. Heroisch haben sich beide Autoren nicht verhalten. Aber wer denn hätte das Recht, sie deswegen zu tadeln? Gewiss, auch unter Schriftstellern gibt es

tapfere Menschen. Aber zu glauben, Tapferkeit und Unbestechlichkeit seien Eigenschaften, die sozusagen zum Berufsbild des Schriftstellers gehören, wäre mit Sicherheit verfehlt. Die Geschichte der deutschen, französischen oder italienischen Literatur zur Zeit des Faschismus und der Kollaboration berichtet von manchem Beispiel, und unter ihnen ist jede mögliche Haltung vertreten. Und eine gewisse Anfälligkeit der Intellektuellen, im Dienste einer Idee oder in der Verfolgung eines Ziels, an das man glaubt, über Menschenrecht und Menschenwürde hinwegzugehen, muss zugegeben werden.

Anton Krättli